

Deutsche Polizeigewerkschaft kritisiert Koalitionsvertrag

„Unabhängige Beschwerdestelle bürokratischer Unsinn“

Als „höchstens ausreichend“ bezeichnet die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) in Bremen den rot-grünen Koalitionsvertrag.

„Die überfällige Modernisierung des Polizeigesetzes, eine klare Aussage zum mobilen Arbeiten mit digitalen Geräten, sowie zur Erneuerung des Fuhrparks und anderer überalterter Ausrüstungen fehlen,“ sagte dazu Jörn Schulze, Landesvorsitzender der Gewerkschaft.

Er kritisiert vor allem die Absicht, eine unabhängige Beschwerdestelle mit eigenen Untersuchungsbefugnissen einzurichten und fragt sich, wozu das nötig sei: „Die unabhängige Beschwerdestelle mit Untersuchungsbefugnissen gibt es bereits, man nennt sie Staatsanwaltschaft,“ bemerkt er sarkastisch. Staatsanwälte dürften Ermittlungen durchführen und müssten sich dafür nicht zwingend der Polizei bedienen, eine Abhängigkeit bestehe nur im Verhältnis zur Justizbehörde, die aber nicht für die Polizei zuständig sei. „Vor diesem Hintergrund ist die Beschwerdestelle bürokratischer Blödsinn,“ so Schulze.

Der Gewerkschafter kritisiert auch, dass sich die Koalitionäre auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus beschränken: „Jede Form des politischen Extremismus schadet der Demokratie und sollte gleichermaßen bekämpft werden. Dass sich der künftige Senat gewissermaßen eine Augenklappe auf das linke Auge setzt, ist daher sehr bedauerlich.“

Schulze hat aber auch Lob für das Vertragswerk übrig: „Ich freue mich, dass es gelungen ist, sich auf eine Anhebung der Zielzahl für Bremen und Bremerhaven zu einigen und dass diese aus annähernd nach unseren Vorstellungen ausgefallen ist,“ sagt Schulze. „Auch die Ankündigung zügiger Beförderungen und die damit verbundene Flexibilisierung von Beförderungsterminen sehen wir positiv, und mit der bargeldlosen und unmittelbar bezahlbaren Verwarnung wird ebenfalls eine Forderung der DPoIG umgesetzt – wenn diese Regelung denn auch die Polizei erreicht.“